

expertentipp:



→ **Edda Schröder**
(Schröder Investment Management)

Die Aktienmarktprognosen bleiben günstig

Das aktuelle Klima weltweit niedriger Zinsen und das anziehende Wirtschaftswachstum wirken sich auf die Aktienmärkte insgesamt günstig aus. Doch ziehen wir Märkte vor, die weniger teuer sind als die USA und in höherem Maße von der sich verbessernden Weltwirtschaftslage profitieren dürften. Insbesondere favorisieren wir Schwellenländer, da das sich stabilisierende Weltwirtschaftswachstum und die verbesserte Binnenwirtschaft vieler Schwellenländer für günstige Rahmenbedingungen sorgen. Schwellenländer im Pazifikraum verzeichnen ein starkes Exportwachstum und die Unternehmen der Region haben ihre Konzentration auf die Aktionärsrenditen erhöht. Ebenso sehen wir Japan zunehmend positiver, da dort trotz der nicht sonderlich inspirierenden Wirtschaftsprognosen die Aussichten für Unternehmensgewinne ermutigend sind. Unser Augenmerk richtet sich auf attraktiv bewertete, gute Qualitätsunternehmen, die ihre Kosten senken. Die europäischen Aktienmärkte dürften auf Grund ihrer Sensibilität gegenüber einem weltweiten Konjunkturaufschwung ebenfalls profitieren, obgleich wir uns bewusst sind, dass sie sich im Zuge der Erholung der weltweiten Aktienmärkte bereits gut entwickelt haben. Wir prognostizieren für 2004 eine Fortsetzung der Konjunkturerholung in Europa und rechnen damit, dass die EZB ihre Leitzinsen für den Rest des Jahres unverändert lassen wird.

Postbank: Stärkere Ausrichtung auf Firmenkunden

Die Postbank hat für ihren Bereich Firmenkunden eine eigene Gesellschaft gegründet, die „PB Firmenkunden AG“. Die neue Tochter ist auf die Betreuung mittelständischer und großer Unternehmen ausgerichtet. Im Zentrum des Leistungsspektrums stehen Lösungen rund um den Zahlungsverkehr. Ergänzt wird das Angebot durch Finanzierungsformen wie nationale und internationale Immobilienfinanzierung, Leasing und Factoring sowie Logistikfinanzierung. „Wir haben diese neue Gesellschaft geschaffen, um uns noch besser auf unsere mehr als 40.000 Firmenkunden einstellen zu können. Im Zah-

lungsverkehr vertrauen bereits 90 Prozent der DAX 30- und 70 Prozent der M-DAX-Unternehmen auf unsere Expertise“, erläutert Klaus Houben, Vorstand der neuen PB Firmenkunden AG. Hierzu wurde eigens ein neues Betreuungskonzept auf den Weg gebracht, das an 14 Standorten der Postbank im gesamten Bundesgebiet umgesetzt wird. Es beinhaltet die direkte persönliche Betreuung von mittelständischen und großen Unternehmen durch das Key Account-Management sowie die primär telefonisch durchgeführte Betreuung durch das Account-Management.

Urteil: Spekulationssteuer teilweise verfassungswidrig

Einem aktuellen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BverfG) zufolge war die so genannte Spekulationssteuer in den Jahren 1997 und 1998 verfassungswidrig, da hier mangels ausreichender Kontrolle nur die ehrlichen Steuerzahler vom Staat zur Kasse gebeten wurden. Dem Urteil zufolge führten die fehlenden Überprüfungsmöglichkeiten der Finanzbehörden zu einem derart geringen Entdeckungsrisiko, dass sie zu rechtswidrigem Handeln geradezu einluden. Die Erfassung von Spekulationsgewinnen sei vor allem von der Erklärungsbereitschaft des

Steuerzahlers abhängig gewesen. Die mangelhafte Durchsetzung der Steuerpflicht verletze das „verfassungsrechtliche Gebot tatsächlich gleicher Steuerbelastung durch gleichen Gesetzesvollzug“. Da die Steuer nur für die Zeiträume 1997 und 1998 für verfassungswidrig und nichtig erklärt wurde, können nur diejenigen ihre gezahlten Spekulationssteuern zurückfordern, die Einspruch gegen die damalige Steuererklärung erhoben. Wurde die Einkommensteuererklärung dagegen rechtskräftig, dürfte eine Rückzahlung ausgeschlossen sein.

Mehrheit der Deutschen glaubt nicht an positive Entwicklung des Arbeitsmarktes

Die deutsche Bevölkerung gibt eine düstere Prognose zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ab: Nur eine Minderheit von 27 Prozent erwartet in den nächsten zehn Jahren ein Absinken der Arbeitslosenquote. Eine deutliche Mehrheit hingegen zweifelt grundsätzlich an einer Wende. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Rahmen der Ausschreibung „Mythos Markt?“ für den Deutschen Studienpreis der Körber-Stiftung durchführte. Trotz der negativen Zukunftserwartungen glaubt die Mehrheit der Bevölkerung, dass geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen zu mehr Beschäftigten führen können. 57 Prozent der Befragten waren der Auffassung, „es entstehen neue Arbeitsplätze, wenn der Staat die Bedingungen für die Wirtschaft verbessert“. Folgende staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit halten die Deutschen für notwendig und sinnvoll: Die Mehrheit (69 Prozent) meint, der Wirtschafts-

standort Deutschland müsse attraktiver gemacht werden. An zweiter Stelle steht der Ruf nach mehr Ausbildungsplätzen (63 Prozent). Es folgt die Anforderung zu einer effektiven Bekämpfung der Schwarzarbeit (62 Prozent). Das Kürzen der Bezüge für Arbeitslose, die sich weigern, einen Job anzunehmen, fordern 56 Prozent. Ebenso viele wollen die Zuwanderung nach Deutschland erschweren. Zu welchen persönlichen Opfern wären die Deutschen bereit? Am ehesten konnten sich die Befragten vorstellen, für den gleichen Lohn länger zu arbeiten. Immerhin 37 Prozent der Arbeitnehmer finden dies akzeptabel. Mit Teilzeitarbeit wären 27 Prozent der Befragten einverstanden. Einen geringeren Kündigungsschutz könnte ein Viertel der Befragten akzeptieren. Zu finanziellen Opfern sind die Befragten hingegen kaum bereit. Nur 9 Prozent finden einen höheren Eigenanteil an der Sozialversicherung zumutbar, einen Lohnverzicht gar nur 7 Prozent.